

# PARLAMENTSRÉPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

der Vorsitzende der 10-Prozent-Partei SPD Sachsen und stellvertretende Ministerpräsident Martin Dulig hat sich überheblich geäußert: „Die Linke will nicht regieren“, es gebe keine realistische Chance für eine linke Mehrheit im Freistaat.

Ich weiß, zum Thema Regierungsbeteiligung gibt es viel Für und Wider. Aber 2019 wird im Zeichen der Auseinandersetzung darüber stehen, ob die von der regierenden CDU jahrelang ignorierte extreme Rechte nach der Macht greifen kann. Wie in Thüringen ist auch in Sachsen eine Mehrheit für eine fortschrittliche Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik möglich. Die SPD muss klären, ob sie wie wir dafür kämpft oder lieber auf Parteitagen den Maulhelden und im Alltag den Bettvorleger der CDU abgibt.

Ich stimme meiner Fraktionskollegin Antje Feiks zu, die als LINKEN-Landeschefin auf Dulig reagiert hat: „Wer ein anderes Sachsen will, wurde mit einem Kreuz bei den Sozialdemokraten nach den letzten Wahlen enttäuscht. Die sächsische SPD ist nicht Retterin des demokratischen Sachsen, sondern leider immer noch Bremsklotz für andere Mehrheiten.“

Gerade in der jetzigen Situation ist die Haltung der SPD fatal, um jeden Preis vor allem die CDU an der Macht halten zu wollen. Sachsen braucht eine hoffnungsvolle, andere Perspektive. Da sind wie seit vielen Jahren für Gespräche offen. Aber, nochmal Antje Feiks: „Im Gegensatz zur SPD sind wir nicht bereit, unsere Grundwerte gegen reine PR-Spektakel mit Küchenutensilien einzutauschen.“

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Das soziale Sachsen stärken!



Auf ihrer Herbstklausur in Schöneck (Vogtland) hat sich die Linksfraktion mit ihren Plänen bis zur Landtagswahl 2019 befasst. Zugleich ging es um die Schwerpunkte, die bei den Beratungen über den Landeshaushalt 2019/2020 eine Rolle spielen sollen (siehe Seite 2).

**Fraktionschef Rico Gebhardt** stellt klar: „Wir stehen für das soziale Sachsen und mit unseren parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen für sozialen Zusammenhalt in Sicherheit.“ Er benennt eines der großen Themen, die bis zum Ende der Wahlperiode das Parlament beschäftigen werden: die Novelle des Polizeirechts. „Wer wie die CDU/SPD-Koalition mit dem Polizeigesetzesentwurf Grundrechte untergräbt, sorgt nicht für sicheres Leben, sondern verunsichert die Bevölkerung, weil damit alle Menschen zu potenziellen ‚Gefährdern‘ gemacht werden. Dagegen werden wir uns zur Wehr setzen und zivilgesellschaftlichen Protest unterstützen – auch mit einer öffentlichen Fraktionssitzung am 13. November in Leipzig“, so Gebhardt (siehe Seite 4).

Die Linksfraktion wird zudem weiter mit vielen anderen Partnerinnen und Partnern dem Volksantrag „Längeres gemeinsames Lernen in Sachsen“ Rückenwind geben, damit der entsprechende Gesetzesentwurf 2019 im Landtag behandelt werden kann. „Das Parlament selbst sollte grünes Licht für die Freiheit zur Einführung von Gemeinschaftsschulen geben – nach Thüringer Vorbild“, so Gebhardt. „Auch die aktuelle PISA-Studie zeigt,

dass soziale Herkunft viel zu stark über Bildungschancen entscheidet – das muss geändert werden!“ Längeres gemeinsames Lernen könne Bildungswege offenhalten und dafür sorgen, dass alle Kinder wirklich zeigen können, was in ihnen steckt.

Eine große Rolle werden auch die Ergebnisse der Enquetekommission spielen, in der Abgeordnete und Sachverständige seit Monaten beraten, wie dem Pflegenotstand

beizukommen ist. Den Auftrag hatte die Linksfraktion maßgeblich inspiriert und Akzente gesetzt. Im Januar soll der Abschlussbericht vorliegen. Gebhardt: „Wir werden an einem Brennpunktthema zeigen, wie Sachsen sozial geht: Bessere Pflege ist möglich – und sie kann auch für die Betroffenen finanziell verkraftbar sein! Das Gleiche gilt für wohnortnahe Gesundheitsversorgung, für die wir in den Haushaltsberatungen Vorschläge unterbreiten werden.“

### Die Druckmaschinen laufen!

Zwischen dem 14. und dem 17. November wird die neueste Ausgabe unserer „links im Landtag“ in allen erreichbaren Briefkästen in Sachsen landen.

Auch in diesem Jahr wendet sich die Linksfraktion per Zeitung an die Bürgerinnen und Bürger – mit 12 prall gefüllten Seiten. Seien Sie gespannt!



# Der Staat muss das Leben vor Ort verbessern!

Schwerpunkte der Fraktion DIE LINKE für den Doppelhaushalt 2019/2020 und ausgewählte Änderungsanträge zum Regierungsentwurf (graue Kästen)

Zuhause fühlt man sich geborgen und sicher, nicht nur in sozialer Hinsicht. In Sachsen sollen alle einen solchen Ort haben können – das stiftet Zusammenhalt und hilft, den Alltag zu bewältigen. Deshalb muss auf den Staat wieder Verlass sein! Mit dem Landeshaushalt wollen wir diese Ziele erreichen:

**Alle sollen so sicher wie möglich leben. Feuerwehren, Rettungsdienst, Polizei und Justiz müssen ihre Aufgaben erfüllen können.**

Nach langen Auseinandersetzungen bildet Sachsen endlich wieder mehr Anwärterinnen und Anwärter für den Polizeidienst aus. Wir machen weiter Druck für eine aufgabengerechte Personalausstattung – akut müssen die Ausbildungsstätten mehr Geld bekommen, damit sie die Ausbildung überhaupt absichern können.

Der Job im Justizvollzug ist anstrengend und unterbezahlt. Wir wollen durch höhere Gehälter dazu beitragen, dass sich mehr Nachwuchs findet. Oft ist nur noch ein Verwahrvollzug möglich, wo ein Behandlungsvollzug nötig wäre. Wir wollen aber, dass die Gefangenen dazu befähigt werden, nach der Entlassung ohne Straftaten zu leben.

Berufsfeuerwehren wie freiwillige Feuerwehren leiden unter Nachwuchsmangel. Wir wollen den Dienst attraktiver machen – indem wir den Kommunen helfen, den Investitionsstau zu beheben, auch durch eine zentrale Beschaffung, und mehr Geld für die Jugendfeuerwehren bereitstellen.

## **Sachmittel für die Hochschule der Sächsischen Polizei**

0,41 Mio. Euro zusätzlich

## **Höhergruppierung für Justizbedienstete bei den ordentlichen und Verwaltungsgerichten**

1,7 Mio. Euro zusätzlich

## **Zulage für berufserfahrene Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger im Justizvollzug**

0,5 Mio. Euro zusätzlich

**Ärztliche und medizinische Versorgung muss für alle erreichbar sein – ganz egal, wo sie wohnen.**

Die Landesregierung kommt ihrer Verantwortung, das Gesundheitswesen zu steuern und für dessen Finanzierung zu sorgen, nicht nach. So bleiben Aufgaben unerledigt – etwa eine bessere Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser. Auch fehlt technische Infrastruktur für E-Health-Angebote wie Telemedizin. Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist zu schlecht ausgestattet, um Präventionsmaßnahmen wie Untersuchungen im Kindesalter oder Impfungen durchzuführen. Die Kontrolldichte in Heimen ist gering. Dabei könnte



Prävention Kosten vermeiden. Wir wollen ein Landesamt für den öffentlichen Gesundheitsdienst errichten.

## **Förderung der Telemedizin**

20 statt nur 10 Mio. Euro

## **Krankenhaus-Investitionen**

490 statt nur 240 Mio. Euro

## **Förderung der Ausbildung von Altenpflegekräften**

8 statt nur 5,2 Mio. Euro

## **Neues Landesamt für den öffentlichen Gesundheitsdienst**

11 Mio. Euro zusätzlich

**Sachsen soll allen beste Bildung und Kultur bieten. Wir verstärken die Bildung in der Kita und gewinnen durch attraktive Gehälter und Arbeitsbedingungen gute Lehrkräfte. Die Kulturräume bekommen Planungssicherheit.**

Wir wollen mehr Kita-Personal, das mehr Zeit für die Betreuung hat. Dabei brauchen die Kommunen mehr Unterstützung vom Land. Langfristig sollen Krippe, Kindergarten und Hort für die Eltern kostenfrei werden.

Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden können, erhalten eine monatliche Zulage, um das Gehaltsgefälle so weit wie möglich einzuebrennen.

Die Kulturräume sollen mehr Mittel erhalten, deren Höhe jährlich angepasst wird. So können sie sicher planen und anständige Einkommen zahlen.

## **Höhere Kita-Pauschale für besseren Betreuungsschlüssel sowie volle Vor- und Nachbereitungszeit auch für Teilzeitkräfte**

180 Mio. Euro zusätzlich

## **Lehrkräftegehälter mit Ausgleichszahlung für nicht-verbeamtete Lehrkräfte**

310 Mio. Euro zusätzlich

## **Sicherheit für die Kulturräume**

12 Mio. Euro zusätzlich

**Mobilität für alle und überall: Sachsen modernisiert das öffentliche Verkehrsnetz durch einheitliche Tarife und Fahrpläne, ein kostenfreies Bildungsticket und innovative, günstige Konzepte.**

Nur etwa die Hälfte der Sächsinen und Sachsen sind an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Die Landesregierung wälzt die Verantwortung auf die Verkehrsverbünde ab, die mehr oder weniger nur den Mangel verwalten können. Wir wollen den ÖPNV gezielt ausbauen. Mittelfristig sollen alle Kinder und Jugendlichen unter 27 Jahren in Sachsen entgeltfrei öffentliche Verkehrsmittel nutzen können. Bis dahin sollte das geplante Bildungsticket der Koalition komplett vom Freistaat finanziert werden.

Um das Tarif-Dickicht zu lichten, vor allem an den Grenzen der Verkehrsverbünde, schlagen wir eine Dachgesellschaft vor, die Tarifstrukturen harmonisiert. Mittelfristig wollen wir einen Tarifverbund für ganz Sachsen mit einheitlichen Ticketpreise und -konditionen. Zudem streben wir ein Modellprojekt „Entgeltfreier ÖPNV“ in einem Mittelzentrum an. Dort soll ein solidarisches Finanzierungskonzept in Form einer Nahverkehrsabgabe schrittweise umgesetzt werden und in einen Bürgerentscheid münden.

## **Bildungsticket**

100 statt nur 75 Mio. Euro

## **Harmonisierung der Fahrpläne, SachsenTarif und ÖPNV-Koordinierungsstelle**

15 Mio. Euro neu bereitstellen

## **Bessere Anbindung im ländlichen Raum (PlusBus/TaktBus)**

20 Mio. Euro neu bereitstellen

## **Modellprojekt entgeltfreier ÖPNV**

18 Mio. Euro neu bereitstellen

**Sachsen stellt Landkreisen, Städten und Gemeinden genug Geld zur Verfügung, damit sie alle Leistungen erbringen können, die für unseren Alltag wichtig sind. Die**

**Menschen vor Ort dürfen stärker entscheiden, wofür Geld ausgegeben wird.**

Wir schlagen verschiedene Pauschalen vor, über die Sachsen den Kommunen Geld gibt, das sie nicht erst aufwändig beantragen müssen. Wir wollen ihnen über den Finanzausgleich pro Jahr 200 Millionen Euro mehr zukommen lassen. Denn sie sind nach wie vor strukturell unterfinanziert. Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen zudem jährlich über Regionalbudgets in Höhe von zehn Millionen Euro frei verfügen dürfen.

Pauschalen soll es auch für Integration und die Unterstützung benachteiligter Familien geben. Zudem wollen wir die Jugendpauschale aufstocken, die für Angebote an junge Menschen in die Kommunen fließt, etwa für Jugendclubs. Wir wollen sie pro Jahr und Jugendlichen von 12,40 Euro auf 15 Euro erhöhen. Der Staat muss sinnvolle Angebote machen, wenn Demokratiefreund kein Raum bleiben soll! Deshalb soll auch das Programm „Welt-offenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ aufgestockt werden.

Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung kommt, und er kann schon früher da sein als vermutet. Damit die Menschen in den Revieren nicht kalt erwischt werden und an einer neuen wirtschaftlichen Lebensgrundlage gearbeitet werden kann, schlagen wir einen Perspektivsicherungsfonds vor, der Forschungsvorhaben unterstützt und die Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ermutigt, sich selbst einzubringen.

Der Staat kann sich nicht um alles kümmern. Wer sich engagiert, sollte besser unterstützt werden. In Sachsen gibt es eine Ehrenamtsaufwandsentschädigung, die Vereine beim Freistaat beantragen können. Ihre Engagierten erhalten dann maximal 40 Euro im Monat, aber nur für elf Monate pro Jahr. Wir wollen 50 Euro, und zwar durchgängig!

## **Perspektivsicherungsfonds für Kohlereviere**

10 Mio. Euro zusätzlich

## **Erhöhung der Jugendpauschale**

5,2 Mio. Euro zusätzlich

## **Pauschale zur Unterstützung benachteiligter Familien**

31 Mio. Euro zusätzlich

## **Stärkere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements**

8 Mio. Euro zusätzlich

## **Zuschüsse für Projekte bei „Weltoffenes Sachsen“**

10 statt nur 6,74 Mio. Euro

## **Integrationspauschale Sachsen**

100 Mio. Euro zusätzlich

## **Verstärkungsmittel für die kommunale Selbstverwaltung**

400 Mio. Euro zusätzlich

## **Regionalbudget für die Landkreise und Kreisfreien Städte**

260 Mio. Euro zusätzlich

# Wahlrecht mit 16!

Die Linksfraktion hat einen Gesetzentwurf (Drucksache 6/14865) zu Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten von Kindern und Jugendlichen in Sachsen vorgelegt. Kinder und Jugendliche sollten mehr Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen erhalten, so **Janina Pfau, Kinder- und jugendpolitische Sprecherin**: „In einigen Bundesländern können Jugendliche ab 16 schon wählen, und es ist Zeit, dass dies auch für Sachsen der Fall ist.“

Bei Wahlen zum Landtag, zu den Kommunalparlamenten sowie bei Volksanträgen, Volksbegehren und Volksentscheiden sollen junge Menschen künftig schon ab ihrem 16. Geburtstag abstimmen können. „Wir folgen mit unserem Gesetzentwurf der Idee der UN-Kinderrechtskonvention. In ihr wurde die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen als ein elementarer Punkt festgeschrieben. Wenn Kinder und Jugendliche schon von klein auf lernen, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen, werden sie dieses Recht auch später mit größerer Wahrscheinlichkeit wahrnehmen“, so Pfau.

Brandenburg, Bremen und Hamburg zeigen, dass das geht: Dort haben Jugendliche bereits an mehreren Wahlen schon ab dem 16. Lebensjahr teilgenommen, ergänzt der **demokratiepolitische Sprecher der Linksfraktion, Lutz Richter**.

„Gerade bei Entscheidungen, welche die Kinder und Jugendlichen direkt betreffen, sollten diese mit ab- und bestimmen dürfen. Es ist dabei völlig egal, ob es um die Straße im Ort oder um die Gemeinschaftsschule geht. Mehrere Studien zeigen, dass junge Menschen durchaus in der Lage sind, die Wirkung einer politischen Entscheidung nachzuvollziehen. Warum sollten sie also von demokratischen Prozessen ausgeschlossen sein?“

Würde der Gesetzentwurf, der jetzt in die parlamentarische Beratung geht,

angenommen, könnte er die Stellung von Kindern und Jugendlichen im Bereich der Mitbestimmung deutlich verbessern. Denn neben dem aktiven Wahlrecht ab 16 ist unter anderem vorgesehen, auf der kommunalen Ebene die Mitwirkung junger Leute in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld konkret zu regeln - Grundsatz: „Kinder und Jugendliche sind unter Berücksichtigung ihres Entwicklungsstands an allen Entscheidungen und Maßnahmen der Gemeinden und Landkreise, die ihre Interessen und Belange berühren, frühzeitig zu beteiligen.“



## Entwicklungszusammenarbeit praktisch

**Susanne Schaper, Sprecherin der Linksfraktion für Gesundheits- und Sozialpolitik**, ist über die Herbstferien in ihren Beruf als Krankenschwester zurückgekehrt und ins westafrikanische Guinea gereist. Am Rande der Stadt Téli-mélé entsteht dort eine Berufsschule, in der schon seit 2017 Hebammen und Krankenschwestern ausgebildet werden. Dahinter



steht der Verein Projekt Misside Guinea e. V., der das Projekt wie folgt beschreibt: „Ziel ist es, die Lebensbedingungen für die ganze Region zu verbessern. Die jungen Leute sollen die Möglichkeit bekommen, in ihrer Region zu bleiben und sich dort zu bilden. Der Bau vieler Gebäude wurde bereits abgeschlossen. Darunter sind aktuell die sieben Klassenzimmer, die Bibliothek, die Direktion, der Konferenzsaal, das Labor, die Krankenstation und das Internat. Die Küche ist aktuell im Bau.“

Susanne Schaper war mit weiteren Freiwilligen vor Ort: „Wir wollten den Betrieb einer aktiven pädagogischen Krankenstation unterstützen. Wir hatten ein Plastikskelett zur Anschauung im Gepäck, außerdem 151 Kilogramm Verbandsmaterial und Medikamente.“

Der Lehrer Amadou Diallo, der aus Téli-mélé stammt und in Waldenburg unterrichtet, hatte den Verein ins Leben gerufen und Schaper kontaktiert, nachdem er von ihren anderen Hilfseinsätzen gelesen hatte. So fliegt Schaper

seit Jahren mit Ärzten nach Vietnam, um als Teil eines Hilfsprojektes Kinder mit Lippen-Kiefer-Gaumenspalte zu operieren. Das Vorkommen dieser Fehlbildung ist eine Spätfolge des Vietnamkrieges, in dem US-Truppen das gesundheitsschädliche Pflanzvernichtungsmittel Agent Orange eingesetzt hatten, um ihren Gegnern die Deckung zu nehmen.

Nach ihrer Rückkehr stellte Schaper fest: „Unser Einsatz war ein sehr kleiner Tropfen auf sehr heißem Stein.“



### Gedenkstättenfahrten für alle Neunt- und Zehntklässler!

*Wer schon einmal die Gedenkstätte des ehemaligen faschistischen Vernichtungslagers Auschwitz besucht und etwa vor dem mit Kinderschuh gefüllten Raum gestanden hat – oder im Krematorium des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald –, weiß um die Wirkung solcher Besuche. Das Grauen ist auf kaum eine andere Weise wirklich erfahrbar. Die pädagogische Wirkung solcher Erlebnisse ist nicht zu unterschätzen.*

*Die sächsische Landesregierung hat nun beschlossen, künftig Klassenfahrten zu Gedenkstätten zu bezuschussen – mit bis zu 500 Euro pro Fahrt und Klasse. Im Fokus sollen historische Orte innerhalb Sachsens stehen, sowohl aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 als auch der DDR. Die **Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Weiterbildung, Marion Junge**, begrüßt den Sinneswandel: „Nun haben sich CDU und SPD doch noch eines Besseren besonnen und einer Förderung von Klassenfahrten zu Gedenkstätten zugestimmt.“ Noch im Februar 2018 hatte die Koalition den Antrag der Linksfraktion, den Schulklassen 9 bis 10 eine Fahrt zum Besuch einer KZ-Gedenkstätte zu ermöglichen (Drucksache 6/5447), abgelehnt. Die meisten Bundesländer fördern Schülerfahrten zu KZ-Gedenkstätten indes bereits seit Jahren mit eigenen Programmen.*

*„Jedoch sind die Mittel in Höhe von 200.000 Euro pro Jahr, die im Doppelhaushalt 2019/2020 eingestellt werden sollen, lächerlich gering“, kritisiert Junge. Sollten alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 und 10 einmal in eine Gedenkstätte gleich welcher Art fahren können, und geht man von Kosten von 50 Euro pro Person aus, wären mindestens 1,6 Millionen Euro pro Jahr erforderlich.*

*Ebenso fragwürdig sei, so Junge, die Beratung bei Klassenfahrten durch die Brücke/Most-Stiftung. Eine pädagogisch-didaktische Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung, welche die Linksfraktion vorschlägt, könnte die Kosten für eine erst noch einzurichtende „Landesservicestelle“ einsparen. Mit diesem Geld könnten weitere Klassenfahrten bezuschusst werden. Es kann ihrer nicht genug geben! Eine Anlaufstelle könnte bald auch die Gedenkstätte im ehemaligen „Frühen Konzentrationslager“ Sachsenburg bei Frankenberg bilden, die derzeit auch auf den Druck der LINKEN hin entsteht.*

## Termine

**„14. Serbski dzeń – Sorbischer Tag“**

Gemeinsame Veranstaltung der Fraktionen DIE LINKE im Sächsischen Landtag und im Landtag Brandenburg mit Fachdiskussion zum Novellierungsbedarf des Sächsischen Sorbengesetzes.

Freitag, 9. November 2018,  
10-15 Uhr

Best-Western-Plus Hotel,  
Wendischer Graben 20,  
02625 Bautzen

**Kulturpolitische Konferenz „Gebraucht, benutzt und ausgebeutet?“**

Zur prekären Situation der Kunst- und Kulturschaffenden in Sachsen

Samstag, 10. November 2018,  
9-16 Uhr

Lindenfels Westflügel e. V.,  
Hähnelstraße 27, 04177 Leipzig

**Öffentliche Sitzung der Fraktion DIE LINKE zur Polizeigesetz-Novelle**

Dienstag, 13. November 2018  
10-13 Uhr: Öffentliche Fraktionssitzung im Haus des Buches, Gerichtsweg 28, 04103 Leipzig  
14:30-17 Uhr: Gespräche mit Initiativen

18-20:30 Uhr: Öffentliches Fachgespräch zum Thema Polizeirecht, Ort: offener Freizeittreff „Rabet“, Eisenbahnstraße 54, 04315 Leipzig

**Fraktionsfachgespräch „SCHMERZHAFTE BARRIEREN: Welche Folgen Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen hat und wie wir sie verhindern können“**

Dienstag, 20. November 2018,  
17-20 Uhr

„sowieso“ – Frauen für Frauen e.V. Dresden, Angelikastraße 1, 01099 Dresden

**Lesung und Diskussion zum Buchprojekt „Es liegt an uns – wie wir Zuversicht schaffen können“**

Donnerstag, 22. November 2018,  
18:30-21 Uhr

Literaturhaus Villa Augustin,  
Antonstraße 1, 01097 Dresden

**Bildungskonferenz „Lehrermangel. Unterrichtsausfall. Schulchaos. Danke, CDU!“**

Montag, 26. November 2018,  
19-21:15 Uhr,

Großenhainer Str. 93,  
01127 Dresden  
(Saal im Haus der Begegnung)

Mehr Informationen unter  
[www.linksfraktionsachsen.de](http://www.linksfraktionsachsen.de)

## +++ Kurz gemeldet +++

**Blau-braune Denunziationsmaschine angelaufen**

Auch Sachsens AfD-Fraktion nimmt die Lehrkräfte ins Visier. Per Internetportal sollen Schülerinnen und Schüler Lehrkräfte melden, die sich kritisch zur Politik der AfD oder überhaupt eine politische Meinung äußern. Wes Geistes Kind die Blau-Braunen sind, offenbart diese Aussage auf ihrer Plattform: „Der Lehrer unterrichtet nach vorgeschriebenem Lehrplan – also alles, was pro Jahr und Klassenstufe vermittelt werden muss. Wie und mit welchen Mitteln, bestimmt er jedoch selbst. Dort liegt die Gefahr.“ Pädagogische Freiheit ist dem Gleichschaltungsanspruch der Rechtsaußen-Partei ein Dorn im Auge.



Der CDU-Kultusminister hat das kritisiert. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die CDU seit Anfang der 90er bestrebt war, Schule zur kritik- und politikfreien Zone zu machen. Viele Pädagoginnen und Pädagogen haben seither Angst, zu brisanten Themen diskutieren zu lassen. Sie dürfen aber sehr wohl eine Meinung haben, solange sie niemanden überwältigen und Kontroverses auch kontrovers darstellen. Wenn Lehrkräfte zur Meinungsbildung ermutigen sollen, müssen sie selbst dazu beitragen dürfen.

Die LINKEN-Bildungsexpertin Cornelia Falken hat übrigens bei der Staatsregierung nachgefragt, wie oft sich AfD-Politikerinnen und Politiker 2017 und 2018 über Lehrkräfte beschwert haben. Ganze vier (!) Beschwerden gab es binnen zweier Jahre – angesichts der 30.000 Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen in Sachsen eine bemerkenswert niedrige Zahl. In den drei bereits abgeschlossenen Fällen konnte kein Fehlverhalten festgestellt werden. Es ist also offenkundig: Der AfD-Fraktion geht es ausschließlich darum, Angst und Schrecken zu verbreiten. LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt wünscht sich, „dass die Zivilgesellschaft diesen Versuch der AfD mit phantasievollen Mitteln ins Leere laufen lässt.“

zeige wegen des Verdachts des Meineids erstattet. Der Prozess wird im kommenden Jahr beginnen.

**LINKE Abgeordnete unterstützen Freiburger Zeitzeugnis e. V.**

Die Erforschung der vor allem jüngeren Geschichte in der Region ist das Ziel des Freiburger Zeitzeugnis e. V. Schwerpunkt ist die Zeit des Nationalsozialismus und der Umgang damit in der Nachkriegsgeschichte. Gründungsmitglied ist der Freiburger Geschichtsforscher Dr. Michael Düsing. Die 13 Vereinsmitglieder organisieren Gespräche, Lesungen und Diskussionen mit Zeitzeugen, aber auch in Bildungseinrichtungen der Region. Anlässlich des 80. Jahrestages der Novemberpogrome 1938 veröffentlichte der Zeitzeugnis e. V. jetzt die Publikation „Die Kristallnacht hat alles geändert“. In diesem Buch beschreibt Düsing anhand zahlreicher persönlicher Schicksale, wie die Nazis auch in Freiberg die Lebensbasis all jener zerstörten, die nicht in ihr völkisches und von Rassenwahn geprägtes Hass-Bild passten. Die Freiburger Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka (DIE LINKE) übergab im Namen der Abgeordneten ihrer Fraktion einen Spendenscheck über 300 Euro an Dr. Düsing und Vereinschef Daniel Großmann. Damit unterstützt die LINKE weitere geplante Publikationen des Vereins zur Judenverfolgung in Freiberg.

**Frauke Petry wird wegen des Verdachts des Meineids angeklagt**

Das Landgericht Dresden hat die Anklage der Staatsanwaltschaft Dresden gegen die Bundestags- und Landtagsabgeordnete Frauke Petry zur Hauptverhandlung zugelassen. Ihr wird vorgeworfen, bei ihrer Zeugenvernehmung am 12. November 2015 vor dem Sächsischen Wahlprüfungsausschuss wahrheitswidrig ausgesagt zu haben. Der Landtagsabgeordnete André Schollbach (DIE LINKE) hatte Strafan-



## Auch das gibt's

Ende Oktober hat der Ex-Regierungschef Stanislaw Tillich sein Landtagsmandat niedergelegt. Der BILD-Zeitung gab er ein Abschieds-

interview – inklusive eines besonderen Lobes für den früheren PDS-Fraktionschef Prof. Dr. Peter Porsch ...

weisen und klugen Regierungschef kennengelernt, wie den Premier von Singapur. Das habe ich genossen.“  
**BILD: Wer hat Sie am meisten genervt?**

**Tillich:** „Sagen wir mal so: Ich war ganz froh, dass der Kollege Pe-

ter Porsch nicht mehr Fraktionschef der Linken war, als ich Ministerpräsident wurde. Ein scharfzüngiger Mann...“  
**BILD: Heute ist Ihr letzter Tag im Parlament, Ihr Job in der Kommission zum Braunkohle-**

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag